



**W**ährend über eine Milliarde Menschen jeden Tag an Hunger leiden, weltweit nach UN-Angaben täglich 24 000 Kinder an den Folgen von Hunger und Unterernährung sterben, weltweit 1,3 Milliarden Menschen – ein Fünftel der Weltbevölkerung –, keinen Zugang zu einem Arzt haben und ebenso viele keinen Zugang zu sauberem Wasser, während die Anzahl der Analphabeten 2005 weltweit um gut 10 Millionen auf 770 Millionen angestiegen ist, sind die Rüstungsausgaben in den vergangenen fünf Jahren weltweit um 22 Prozent gestiegen. Welch ein menschenverachtendes Gesellschaftssystem ist dieser Kapitalismus, der zig Milliarden für Kriege, Zerstörung, für die Ermordung und Verstümmelung von Menschen ausgibt, statt mit diesem Geld z. B. die tausend stündlich vor Hunger elendig sterbenden Kinder zu retten.

Seit 50 Jahren kämpft die Ostermarschbewegung in unserem Land für eine atomwaffenfreie Welt. In

dem ersten Aufruf von 1960 hieß es: „Jede Herstellung, Erprobung und Lagerung von Atomwaffen – gleich an welchem Ort und in welcher Hand – ist die größte Gefährdung der Menschheit.“ Dies ist heute noch genauso aktuell, denn noch immer lagern auf deutschem Boden, in Büchel, ca. 20 US-Atomwaffen. Noch immer existieren weltweit bis zu 25 000 Atomwaffen, davon 2 500 in ständiger Alarmbereitschaft. Und noch immer steigt die Zahl der Staaten mit Atomwaffen. Darum fordern wir

gemeinsam mit der Ostermarschbewegung: „Dem muss Einhalt geboten werden!“

Kommunistinnen und Kommunisten gehörten zu den Akteuren der ersten Stunde in der Ostermarschbewegung, denn damals wie heute geht es darum ein breites politisches Bündnis zur Abschaffung der Atomwaffen zu schaffen. Wir unterstützen die Forderungen im diesjährigen Ostermarschaufruf: „... den sofortigen Abzug der US-Atombomben aus Deutschland und den Ausstieg

unseres Landes aus der atomaren Teilhabe. Wir fordern die Abschaffung aller Atomwaffen weltweit.

Wir fordern die Beendigung des Afghanistan-Einsatzes der Bundeswehr, stattdessen die Unterstützung der Bemühungen um eine Beendigung des Krieges und zivile Lösungen für den Konflikt.“

Die Bundesregierung hat für den „Verteidigungs“etat offiziell 31,1 Milliarden Euro vorgesehen. Geld, das in der Deutschland für die insgesamt 13 Millionen Menschen, die entweder arbeitslos, Hartz-IV-Empfänger sind oder die unter prekären und menschenunwürdigen Arbeitsverhältnissen mit Niedrigstlöhnen, als Minijobber bzw. Leiharbeiter arbeiten, und für die Millionen Kinder in diesem Land, die von Armut betroffen sind, so dringend gebraucht wird. Darum fordert die DKP: Keine neuen Produktionsprogramme für Waffensysteme der Bundeswehr. Die Rüstungskosten müssen sofort um mindestens zehn Prozent gekürzt werden!

### Wir fordern

- **Bundeswehr raus aus Afghanistan** ■ **Raus aus der Nato!**
- **Schluss mit der grundgesetzwidrigen Politik des weltweiten**
- **Kein Einsatzes der Bundeswehr zur Sicherung der ökonomischen und politischen Interessen des Großkapitals. Sofortiger Rückzug der Bundeswehr aus allen internationalen Konfliktgebieten. Schluss mit den Militäreinsätzen, das heißt auch den Blauhelmeinsätzen der Bundeswehr im Ausland! Auflösung der Bundespolizeieinheiten, die für Auslandseinsätze vorgesehen sind!**
- **Keine neuen Produktionsprogramme für Waffensysteme der Bundeswehr. Die Rüstungskosten müssen sofort um mindestens zehn Prozent gekürzt werden!**

**UZ-Extra Kommentar**

**Wolfgang Teuber**  
UZ-Chefredakteur



**Stark gefährlich**

„Der Vorstand der IG Metall wird aufgefordert, den inhaltlichen Zusammenhang von Sozialabbau und Rüstungsausgaben auf allen Ebenen der Organisation wieder stärker zu thematisieren.“ Das beschloss der 21. ordentliche Gewerkschaftstag der IG Metall im November 2007 in Leipzig. Doch allen friedenspolitischen Beschlüssen dieses Gewerkschaftstages zum Hohn hat der IG-Metall-Vorsitzende Berthold Huber in einem Brief an die Bundeskanzlerin sich für den A400M stark gemacht, wie in der aktuellen „metallzeitung“ nachzulesen ist. Das Programm dürfe nicht gestoppt werden, so Huber, da sonst allein in Deutschland mehr als 10 000 Jobs in Gefahr seien. Hat sich der IG-Metall-Vorsitzende eigentlich mal gefragt, wie viele Menschen nicht nur in Gefahr, sondern unmittelbar vom Tod bedroht sind, wieviel Arbeitsplätze in Schutt und Asche liegen werden, wenn die 37 Tonnen fassende Fracht des A400M, voll von Panzern, Raketenwerfern, Kampfhelikoptern und Soldaten, in Kriegsgebieten zum Einsatz kommt?

Statt sich für dieses teuerste Militärflugzeug aller Zeiten stark zu machen wäre es seine Aufgabe und Verantwortung, aktiv zu werden für das „Arbeitsprogramm Rüstungskonversion“, wie in dem Antrag 1064 aus Hannover gefordert, der als Material an den Vorstand auf dem Gewerkschaftstag angenommen wurde.

Zur Erinnerung ein Auszug aus der Entschließung 1 des 21. Gewerkschaftstages, die auch für einen Gewerkschaftsvorsitzenden verbindlich ist: „Die IG Metall lehnt Krieg als Mittel der Politik ab. In Spannungs- und Krisenfällen muss auf eine zivile Konfliktlösung gesetzt werden. Die IG Metall fordert eine breite öffentliche Debatte über die Neuorientierung von Bundeswehr und Nato sowie über die Rolle der UN als Akteur in globalen Sicherheitsfragen. Zudem unterstützt die IG Metall betriebliche Ansätze und Programme zur Rüstungskonversion.“

**Bildung statt Hochrüstung und Krieg**  
hier steckt das Geld was auch in der Bildung so dringend benötigt wird.

Waffensysteme <sup>1)</sup> (Auswahl)	Anzahl Stückpreis in Euro	Gesamtkosten <sup>2)</sup> in Euro	Zivile Alternativen <sup>3)</sup>
 Transporthubschrauber NH 90 seit 2006	134 St. à 30,1 Mio.	4,0 Milliarden	 305 Berufsbildungszentren à 500 Azubi (je € 13,1 Mio.)
 Militär-Airbus A400M ab 2011	60 St. à 155 Mio.	9,3 Milliarden	 7.154 Kindertagesstätten à 4 Gruppen (je € 1,3 Mio.)
 Schützenpanzer Puma ab 2010	410 St. à 11,7 Mio.	4,8 Milliarden	 1.655 Grundschulen à 200 Schüler (je € 2,9 Mio.)

1 Waffenprogramme nach Bundeswehrplan 2009 (Generalinspekteur 10.6.2008)  
2 Kosten enthalten Beschaffungskosten + anteilige Forschung & Entwicklung und Erprobung  
3 Baukosten = reine Baukosten + Baunebenkosten (Honorare, Gebühren). Nach Baukosten-Informationszentrum/BKI 2008 deutscher Architektenkammer

**Bundeswehr raus aus Afghanistan**

850 Soldaten zusätzlich (350 davon als „Einsatzreserve“), eine Umschichtung der eingesetzten Truppe, die Aufstockung der Kriegskasse für den Afghanistan-Einsatz in den nächsten zwölf Monaten um mehr als 271 Millionen Euro und sogenannte „einsatzbedingte Zusatzkosten“ für den Krieg in Afghanistan von mehr als einer Milliarde Euro im laufenden Jahr – die Bundeskanzlerin nennt das einen „sehr viel stärker defensiven Ansatz“ der Bundeswehr am Hindukusch. Zur Begründung der haarsträubenden Propagandafloskel ist jetzt von der Ausbildung der afghanischen Armee die Rede.

Doch um was es der militaristischen Fraktion in Berlin und in den Medien geht, sagte in aller Deutlichkeit der verteidigungspolitische Spre-

cher der Unionsfraktion: „Wer sich jetzt darüber aufregt, dass in einem kriegsähnlichen Umfeld auch auf Menschen geschossen wird, muss sich fragen lassen, in welcher Realität er lebt“, und er forderte, „Überlegungen zum Einsatz schwerer Waffen nicht mehr auszuweichen“, denn „wir sind in Afghanistan nicht nur zum Brunnenbohren und Brückenbauen ...“

Das Gerede vom Ausbildungseinsatz der Bundeswehr hat sein Verfallsdatum überschritten. Die wahren Gründe sind, es handelt „sich in der Gesamtregion um ein Kerngebiet, bei dem deutsche Sicherheits-, aber auch Wirtschaftsinteressen berührt sind, Stichwort Energie.“ (Kriegsminister Guttenberg im Interview mit „Die Zeit“, 28. 1. 2010).

**Ich will**

- mehr Infos über die DKP und ihr Programm
- Kontakt zu einer DKP- Gruppe in meiner Nähe
- Mitglied der DKP werden



Name \_\_\_\_\_

Vorname \_\_\_\_\_

Straße \_\_\_\_\_

PLZ / Ort \_\_\_\_\_

Telefon \_\_\_\_\_

E-Mail \_\_\_\_\_

Ausfüllen, ausschneiden & abschicken an:  
DKP-Parteivorstand  
Hoffnungstraße 18, 45127 Essen  
www.dkp.de  
E-Mail: dkp.pv@t-online.de

# Kohle in die Luft gepufft

Die „Verteidigungs“minister der EU halten an der Anschaffung des Militär-Transportflugzeugs A400M, des wohl teuersten Militärflugzeugs aller Zeiten, fest. Es wird angeschafft, obwohl überall eisern gespart werden soll: im öffentlichen Dienst, in den kommunalen Haushalten und sogar bei den Hartz-IV-Sätzen. Es ist kein Geld da? Falsch! Es kommt darauf an, wofür ...

Bei der Auftragserteilung im Mai 2003 war festgelegt worden, dass Airbus/EADS insgesamt 180 Maschinen für 20 Milliarden Euro herstellen soll. Davon 60 für die Bundeswehr. Weitere Abnehmer sind Frankreich, Großbritannien, Spanien, Belgien, Luxemburg und die Türkei. EADS machte inzwischen Mehrkosten von 11,2 Milliarden Euro geltend. Gegen Ende 2009 drohte EADS, das Projekt zu stoppen, wenn die Mehrforderung nicht bewilligt wird.

Das Flugzeug ist zur im Grundgesetz vorgesehenen Landesverteidigung völlig ungeeignet. Mit



seiner großen Reichweite (bis zu 6 600 km bei 20 t Nutzlast), seiner Ladekapazität (bis zu 37 t), seiner Flughöhe (bis zu 12 km), seiner Fähigkeit zu Start und Landung auch auf kurzen Pisten ist es ausschließlich für den „globalen Einsatz“ konstruiert. Als „strategischer Transporter“ soll es zur raschen Verlegung von Panzern, Kampfhubschraubern und Truppen über große Entfernungen in Krisengebiete außerhalb Europas dienen. Das Flugzeug entspricht also genau der EU- und NATO-Strategie, die für die nächsten Jahre verstärk-

tes Eingreifen in außereuropäische Konflikte vorsieht. Rechnen wir nach, was das kostet: Die Regierungen haben etwa 23 Milliarden zugesagt. Das sind etwa 128 Millionen für ein einziges Flugzeug. Davon 60 für die BRD macht 7,7 Milliarden. Die Schulden der 19 am stärksten verschuldeten Städte Nordrhein-Westfalens beliefen sich 2008 auf 8,5 Milliarden.

Mit anderen Worten: Mit dem Verzicht auf das Projekt könnten die NRW-Städte mit einem Schlag fast völlig von ihrer Schuldenlast befreit werden.

## Unsere Zukunft – atomwaffenfrei

Fast 20 Jahre nach Ende des Kalten Krieges lagern immer noch Atomwaffen in Deutschland, die für den Einsatz im Ernstfall vorgesehen sind. Jede einzelne dieser Atomwaffen hat die Zerstörungskraft von mehreren Hiroshima-Bomben. Warum sind sie noch da? Sie tragen nicht zu unserer Sicherheit bei! Ganz im Gegenteil, sie ziehen Gelder ab, die wir gegen die heutigen Bedrohungen (z. B. den Klimawandel) benötigen.

Wenn Deutschland weiterhin an Atomwaffen festhält, können wir andere Länder nicht glaubwürdig überzeugen, auf Atomwaffen zu verzichten ...

Die Mitarbeit an der Einsatzplanung von Atomwaffen muss eingestellt und der Abzug aller Atomwaffen aus Deutschland veranlasst werden. Es dürfen keine Kampfbomber und Soldaten für den Einsatz von Atomwaffen bereitgestellt werden.

Das Ziel der Kampagne ist, dass Deutschland bei der Überprüfungskonferenz des Atomwaffensperrvertrages im Jahr 2010 vor den Vereinten Nationen verkündet: „Deutschland ist atomwaffenfrei: Wir haben die nukleare Teilhabe beendet, als Schritt zu einer atomwaffenfreien Welt.“

Aus: Kampagne [www.atomwaffenfrei.de](http://www.atomwaffenfrei.de)

### UZ-Sozialistische Wochenzeitung der DKP



**UZ** Rote Fahnen sieht man besser

**Jetzt 10 Wochen kostenlos zur Probe bestellen!**

Name  Vorname

Straße

PLZ / Ort

CommPress Verlag GmbH • Hoffnungstraße 18 • 45127 Essen • Fax: 0201-24 86 484 • [www.unsere-zeit.de](http://www.unsere-zeit.de)

#### Impressum

UZ-EXTRA der sozialistischen Wochenzeitung UZ. ISSN 0943-4216. Herausgeber: DKP-Parteivorstand. Redaktion UZ-Extra: Wolfgang Teuber, V.i.S.d.P.: Wolfgang Teuber, Chefredakteur. Hoffnungstr. 18, 45127 Essen. [www.unsere-zeit.de](http://www.unsere-zeit.de) Druck: Eigendruck Fotos: Deymann, dpa. [www.unsere-zeit.de](http://www.unsere-zeit.de)

# Nie wieder Faschismus!



In der Nacht vom 8. zum 9. Mai 1945 unterzeichneten Vertreter der Wehrmacht die bedingungslose Kapitulation. Das faschistische Deutschland war besiegt: durch den antifaschistischen Widerstandskampf, die Illegalen,

die Kämpfer in den Zuchthäusern und Konzentrationslagern, die Partisanen und die Kämpfer der Armeen der Antihitlerkoalition.

1945 schworen viele Menschen Schlussfolgerungen zu ziehen, Krieg und Faschismus nie wieder zuzulas-

sen. Doch der Antikommunismus wurde im Westen Deutschlands bald wieder zur Staatsdoktrin, Nazi- und Kriegsverbrecher wurden rehabilitiert, die alten Macht- und Eigentumsverhältnisse wieder hergestellt. Es wurde wieder aufgerüstet.

Kommunistinnen und Kommunisten stellten sich in Ost wie West dagegen. In der DDR engagierten sie und viele andere sich für den Aufbau eines antifaschistischen, friedliebenden, sozialistischen Staates.

Der Antikommunismus blieb nach 1990 Staatsdoktrin. Die DDR wird nur noch als „Unrechtsstaat“ dargestellt, schlimmer als das Nazireich. Der Antifaschismus der DDR wird verleumdet: Er sei „verordnet“ gewesen. Eben dieser Antifaschismus täte der Bundesrepublik heute und künftig gut! Dagegen werden gesellschaftliche Hintergründe des Faschismus sowie die Zusammenhänge von Kapital und faschistischem Machtanspruch verschwiegen oder verfälscht.

Heute ist es notwendig, hierzulande wie international den Kampf gegen faschistische Strukturen und Denkweisen sowie die Ursachen des Faschismus und für ein Verbot der NPD weiter zu verstärken. Wir fordern das Verbot und die Auflösung aller neofaschistischen Organisationen und Parteien, das Verbot neofaschistischer, rassistischer, ausländerfeindlicher Aktivitäten entsprechend Art. 139 Grundgesetz.

## Gegen die Kriegsmaschine

10 000 Demonstranten marschierten am 20. März durch Washington mit der Forderung, die Kriege in Afghanistan und dem Irak zu beenden. Den Marsch am siebten Jahrestag des Überfalls auf den Irak führten Veteranen der US-Kriege seit Vietnam an. Ihr Slogan: „Wir brauchen Jobs und Schulen, nicht Krieg.“ Der Zug stoppte an der Zentrale des Söldnerunternehmens Halliburton, das im Irak eine Blutspur hinterlassen hat.

Der Aktivist Ralph Nader warf in seiner Kundgebungsrede Präsident Obama vor, dieser setze im Wesentlichen die Kriegspolitik seines Vorgängers fort. „Wann das

Lager in Guantánamo geschlossen wird ist immer noch offen“, klagte er den Präsidenten an. Einzig die Reden Obamas seien besser als die Bushs. „Die Maschine USA produziert Krieg, gleichgültig wer Präsident ist“, rief ein weiterer Redner, Veteran des Irakkriegs, den Demonstranten zu. Ramsey Clark, früher hoher Beamter im US-Justizministerium, forderte die Justiz auf, die Verantwortlichen für den Irakkrieg zu belangen.

Auch in New York, Los Angeles und San Francisco nahm die Friedensbewegung den Jahrestag zum Anlass von Protest. In San Francisco verglich Daniel Ellsberg, der 1971 als Regierungsmitarbeiter



mit der Veröffentlichung der „Pentagon Papers“ die Wahrheit über den schmutzigen Krieg der USA ans Licht brachte, die Situa-

tion damals mit der von heute. „Sie haben geglaubt, unser Protest sei sinnlos. Sie haben sich getäuscht.“